



Gemeinsam aktiv zum 15. Mai

Internationaler Tag der
Kriegsdienstverweigerung



Demonstration der #ObjectWarCampaign zum Bundesamt für Migration in Nürnberg, 14. Dezember 2024

Die vermutlich neue Regierung aus Union und SPD stand noch vor den Koalitionsgesprächen. Aber schon bestand Einigkeit darüber, dass für die Bundeswehr die Schuldenbremse ausgesetzt wird. Damit können die Ausgaben im Verteidigungshaushalt in der Zukunft nahezu unbegrenzt wachsen. Eine große Koalition aus Union, SPD und Grünen hat das über eine Grundgesetzänderung beschlossen. Die Zeichen stehen nach wie vor auf Krieg. Weltweite Waffenexporte, auch in bewaffnete Konflikte, nehmen zu. Die Rüstungsproduktion wird angekurbelt. Forderungen werden erhoben zur Einführung einer neuen Wehrpflicht oder einer allgemeinen Dienstpflicht. Statt Kriege zu verhindern, wird darauf gesetzt, Kriege führen zu können – und sie auch zu führen. Es ist dabei nicht nur der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der als Argument angeführt wird. Aktuell erleben wir Kriege in vielen anderen Ländern: in Israel/Palästina, Türkei, Syrien, Sudan, Myanmar oder in der Demokratischen Republik Kongo. Auch dort setzen Regierungen und Milizen auf Krieg. In Kauf genommen werden Zigtausende von Toten, unzählige Schwerverletzte, massive Zerstörungen. Über die Strategiediskussion wird allzu leicht vergessen, dass es in jedem Krieg zahllose Opfer und Grausamkeiten auf allen Seiten gibt. Nicht zu vergessen: All diese Kriege treiben ungezählte Menschen in die Flucht, einen Teil auch nach Europa und Deutschland. Die Festung Europa wird jedoch militärisch gesichert. Das Asylrecht soll außer Kraft gesetzt werden. Widerrechtlich werden an vielen EU-Außengrenzen Geflüchtete über Pushbacks zurückgewiesen. Grenzkontrollen gibt es auch innerhalb der EU wieder.

Kriegsgegner*innen unterstützen

In all den Ländern, die sich im Krieg befinden, gibt es aber auch Menschen, die sich dem Krieg verweigern, die sich aktiv für Frieden einsetzen, die Widerstand gegen Militarisation und Krieg leisten. Soldat*innen an der Front wollen angesichts des Grauens ihre Waffen niederlegen. Andere entziehen sich den Zwangsrekrutierungen. Sie wollen keine anderen Menschen töten und auch nicht in einem

und Asyl für alle Kriegsflüchtlinge, verfolgte Kriegsdienstverweiger*innen und Kriegsgegner*innen.

Stoppt Militarisation und Wehrpflicht

Die Pläne der neuen Koalition aus Union und SPD sehen eine umfassende Erfassung und eine verstärkte Rekrutierung neuer Soldat*innen vor. Perspektivisch sollen Zwangsverpflichtungen möglich sein, wenn die gewünschten Zahlen für die Bundeswehr nicht erreicht werden. Die Union fordert gar ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für alle. Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Form der Wehrpflicht und

die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht. Es würde einer Militarisation Vorschub leisten. Stattdessen brauchen wir eine Stärkung des vorhandenen sozialen Engagements und eine breite Unterstützung von Ansätzen und Maßnahmen aus der Friedensarbeit, die sich gegen Spaltung und Ausgrenzung in der Gesellschaft wenden.



Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht

Offene Grenzen für Kriegsflüchtlinge

Aufnahme und Bleiberecht für verfolgte Kriegsgegner*innen

Krieg sterben. Ihnen allen drohen Repressionen und Gefängnisstrafen. Wir sehen die Kriegsdienstverweigerung als einen wichtigen Baustein, um Krieg und damit Tod und Zerstörung im Krieg zu überwinden. Wir fordern die uneingeschränkte Einhaltung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, auch und gerade in einem Krieg. Wir fordern Schutz

und Asyl für alle Kriegsflüchtlinge, verfolgte Kriegsdienstverweiger*innen und Kriegsgegner*innen.

Wir laden ein

An verschiedenen Orten wird es rund um den 15. Mai Aktionen geben. Dieses Jahr wollen wir insbesondere die Stimmen von Kriegsdienstverweiger*innen an die Öffentlichkeit bringen. Eine Übersicht der Aktionen findet sich auf www.objectwar-campaign.org. Eine zentrale Aktion wird zum Abschluss in Berlin stattfinden:

Musik statt Krieg

Konzert für die unbekannten Deserteur*innen

Sa., 17. Mai 2025 um 11 Uhr
vor dem Brandenburger Tor in Berlin

www.objectwarcampaign.org – www.refusewar.org



Aufrüstung für den Frieden?

von Mario Neumann, medico international

„Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor“. Mit diesen Worten schwor Bundeskanzler Olaf Scholz das Land kurz nach Beginn der russischen Invasion in der Ukraine auf den Beginn einer neuen Ära ein. Das war keineswegs übertrieben. Denn die dramatischen geopolitischen Umwälzungen der letzten Jahre haben tatsächlich tiefe Spuren in der politischen und medialen Landschaft Deutschlands hinterlassen. Spätestens seitdem herrscht hierzulande nicht nur ein neuer Tonfall, sondern auch ein neuer Geist. Die historisch gewachsene Skepsis gegenüber Krieg und Aufrüstung, die lange Zeit eine Art Markenkern der alten Bundesrepublik war, ist einer neuen pseudo-pragmatischen Logik gewichen, die eine Alternativlosigkeit von Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit behauptet. Wer für den Frieden in Europa ist, muss angesichts der russischen Bedrohung die Bewaffnung der friedenssichernden Mächte befürworten, so das Credo. Dieses verfängliche Argument ist das Mantra der Zeitenwende in Deutschland. Es ist kein klassischer, angriffslustiger Kriegstaumel, der sich hier Bahn bricht. Vielmehr wird die Verteidigung des westlichen Guten gegen das östliche Böse zum Schmiermittel eines neuen, kriegstüchtigen Nationalismus, der jedoch seine ganz eigenen Gefahren hat. Diese Perspektive verkürzt die Möglichkeit für Frieden. Er wird nur noch als Teil der Logik des Krieges gedacht. Einerseits basiert das, oft auf eine verdeckte Weise, letztlich auf der unbestimmt bleibenden Idee eines Sieges über Russland, von dem weder politisch noch pragmatisch klar ist,

was er bedeuten und wie er errungen werden soll. Zweitens verkörpert das, trotz aller aufgeklärten und friedliebenden Rhetorik, eine Logik von Krieg und Nationalismus, in der sich das Gute und das Böse in Form von Nationen gegenüberstehen. Dabei werden all jene Prozes-



Mario Neumann

se und Menschen unsichtbar, die dieser Logik nicht entsprechen. Ein solches, unterbelichtetes Beispiel sind die vielen russischen und ukrainischen Kriegsdienstverweiger*innen, deren Schicksal massenhaft ist und das eine der wesentlichen Realitäten eines mittlerweile drei Jahre andauernden Stellungskrieges darstellt. Sie erzählen eine andere Geschichte, als der fortwährende Diskurs, der einzig einen durch militärische Überlegenheit des Westens hergestellten Frieden kennt. Es ist die Geschichte derer, die sich überall der Logik des Tötens und Sterbens widersetzen. Sie sind der Ausgangspunkt eines heute ungleich schweren Nachdenkens über einen Frieden, der seinen Namen verdient.



Deutschland

Dienen – die neue Freiheit?

Mitte April 2025 einigte sich die Koalition aus CDU, CSU und SPD auf die Grundsätze der neuen Regierungspolitik. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht sei noch nicht vorgesehen. „Wir schaffen einen neuen attraktiven Wehrdienst, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert“, schreiben die Koalitionär*innen. „Wir orientieren uns dabei am schwedischen Wehrdienstmodell. Noch in diesem Jahr werden wir die Voraussetzungen für eine Wehrrfassung und Wehrüberwachung schaffen“.

Soldat*innen sind in ihrer Freizeit angehalten, ihre Zugehörigkeit zur Bundeswehr zu zeigen. Sie dürfen nur dann kostenlos mit der Bahn fahren, wenn sie Uniform tragen. Neu geschaffen wurde der Veteranentag, der nun jährlich am 15. Juni stattfinden soll. Tage der Offenen Tür, Berufsmessen, Ausstellungen, bei allen größeren Ereignissen ist die Bundeswehr nicht mehr zu übersehen. Aber obwohl eine Werbekampagne die andere ablöst, sind die Erfolge bescheiden. Es gibt rückläufige Zahlen bei

zum Militär und wollen mit Kriegsvorbereitung nichts zu tun haben. Sie werden auch zukünftig nicht dazu bereit sein. „Ich stehe dafür nicht mehr zur Verfügung“ sagen sich auch immer mehr Soldat*innen und Reservist*innen, die den Kriegsdienst verweigern. Fast 2.500 stellten bis 31. Oktober 2024 einen Antrag, 50% mehr als im gleichen Zeitraum im Vorjahr. Die Bundeswehr will ein Abbild der Gesellschaft sein und damit ihre Verankerung beweisen. Da einfach nicht genügend „richtige“ Männer zum Waffendienst be-



Andere Vorschläge gingen da bereits weiter. Bundespräsident Steinmeier hatte den Vorschlag eines „verpflichtenden Dienstes“ für alle eingebracht. Die CDU hatte in ihrem Wahlprogramm geschrieben, die „Aussetzung der Wehrpflicht zu beenden“, die es bis 2011 gegeben hatte. Und die Spitze der bayerischen Grünen-Landtagsfraktion brachte im März 2025 sogar einen verpflichtenden „Freiheitsdienst“ für alle in die Debatte ein: Alle Frauen und Männer sollen irgendwann zwischen 18 und 67 Jahren sechs Monate Dienst tun – entweder Militärdienst, Dienst im Bevölkerungsschutz, bei Feuerwehr oder Hilfsorganisationen oder sechs Monate Gesellschaftsdienst. Begründet werden all diese Vorschläge mit der neuen Bedrohungslage. Diesegebiete eine „glaubhafte Abschreckung“, so die SPD. Es gehe darum, wieder kriegstüchtig zu werden, so hatte es der alte und vermutlich auch neue Verteidigungsminister Pistorius gefordert.

Waffen, Soldat*innen und Werbung für den Krieg

Um Krieg führen zu können werden Waffen und Soldat*innen benötigt. Schon vor der Regierungsbildung hat sich die Koalition schier unbegrenzte Geldmittel für Aufrüstung genehmigt. Aber Waffen lassen sich leichter beschaffen als willige Menschen. Borussia Dortmund oder Kassel Huskies, TikTok-Clips, die Popcorn-Tüte im Kino, die Straßenbahn: Überall Werbung für den Dienst bei der Bundeswehr. Auch die

Bewerbungen und bei Neueinstellungen. Die Personalstärke der Bundeswehr sank 2024 um 340 Personen. Zudem verlassen 25% der Neuen die Bundeswehr noch innerhalb der Probezeit von sechs Monaten. Eine weitere Werbekampagne durchzieht die Schulen: Bayern schritt voran mit dem „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr an Schulen“. Nun werden die restlichen Länder aufgefordert, nachzuziehen. Wer sich bewirbt, sieht für sich trotz vieler unbesetzter Lehrstellen tatsächlich wenig Chancen auf dem zivilen Arbeitsmarkt. Bewerber*innen kommen vor allem aus abgehangenen Gegenden. Es finden sich unter ihnen weit überdurchschnittlich viele autoritär strukturierte Menschen, die gerne mit Waffen hantieren: Militarist*innen, Nationalist*innen, und eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Rechtsaußen. Die AfD ist in der Bundeswehr stark verankert. Die Rechtsextremen, gerade auch unter den Reservist*innen, machen der Bundeswehr immer mehr zu schaffen. Jedes Jahr gibt es mehr sogenannte meldepflichtige Ereignisse, dass jemand den Hitlergruß zeigt, Hakenkreuze malt usw. Man zeigt sich überfordert; selten kommt es zu Entlassungen. Menschen, die sich für die Demokratie einsetzen wollen, melden sich nur selten

reit sind, nimmt man jetzt auch Frauen und sexuelle Minderheiten. Die haben es aber dort nicht einfach. Sie müssen mit Schikanen, Beleidigung und Herabwürdigung rechnen. Während es in der Gesellschaft 50% Frauen gibt, begnügt sich die Bundeswehr mit der Vorgabe von 20%. Tatsächlich dienten im letzten Jahr lediglich 24.674, 13,62%. Es lässt sich also feststellen: Auch wenn immer mehr Geld in die Werbung gesteckt wird, es melden sich einfach nicht genügend. Für die Kriegsführungsfähigkeit, den „hochintensiven Landkrieg“ werden deutlich mehr Soldat*innen gebraucht. Schon bis 2025 sollte der Umfang der Bundeswehr von derzeit 180.000 auf 203.000 ansteigen, Pistorius hätte gerne 230.000, die Planer sagen: besser wären mehr als 270.000. Ein Mittel dazu soll die erweiterte Rekrutierung der Reservist*innen sein. Seit 2011 ist der Dienst der Reservist*innen freiwillig. 50.000 stehen dafür zur Verfügung, man hat aber die letzten Jahre nicht mal 20.000 herangezogen. Nun will man den Kreis auf zunächst 90.000 und dann auf 200.000 aufstocken und tatsächlich zu Übungen einberufen. Gerade hat der Reservistenverband eine Million Reservisten gefordert. Für den Krieg wird selbst das nicht reichen! Derzeit können Reservisten

„Wenn es nicht genügend Freiwillige gibt, soll auch wieder unter Zwang rekrutiert werden. Die Pläne zur Wiedereinführung der Wehrpflicht liegen also auf dem Tisch.“

Bundesgerichtshof (BGH) zur Kriegsdienstverweigerung

Grundrecht untergraben

Das Oberlandesgericht Dresden (OLG) fragte den BGH an, ob ein Ukrainer ausgeliefert werden könne, auch wenn er den Kriegsdienst verweigere. Am 16. Januar 2025 beschloss der BGH (Az. 4 ARs 11/24) daraufhin im Grundsatz, dass ein Kriegsdienstverweigerer zumindest bei einem Verteidigungskrieg ausgeliefert werden darf, auch wenn er dann zum Kriegsdienst eingezogen wird oder Bestrafung zu erwarten hat. Das OLG hat inzwischen die Auslieferung verfügt. Brisant ist dabei nicht nur die konkrete Entscheidung, sondern vor allem die grundsätzliche Haltung des Gerichts: Der BGH stellt das individuelle Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung nach Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes zur Disposition – zumindest im Verteidigungsfall. So heißt es im Beschluss, es sei „nicht von vornherein undenkbar“, dass dieses Grundrecht im Kriegsfall auch in Deutschland eingeschränkt werden könne. Rechtsexpert*innen sehen hierin eine gefährliche Entwicklung. Die Rechtswissenschaftlerin Prof. Dr. Kathrin Groh betont, gerade im Verteidigungsfall sei das Grundrecht in besonderer Weise geschützt. Die Möglichkeit zur Einschränkung widerspreche der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das die Kriegsdienstverweigerung als ab-

wägungsfesten Bestandteil der Gewissensfreiheit anerkennt. Auch völkerrechtlich steht die Entscheidung auf wackeligem Boden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und der UN-Menschenrechtsausschuss haben wiederholt betont, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein Menschenrecht ist – und selbst in Kriegszeiten nicht außer Kraft gesetzt werden darf. Zwar verweist der BGH auf mögliche Ausnahmen in Notstandssituationen, verschweigt dabei aber, dass die Ukraine im April 2024 ihre vorübergehende Aussetzung relevanter Menschenrechte offiziell zurückgenommen hat. Damit sollte das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine wiederhergestellt werden – in der Praxis jedoch ist es weiterhin faktisch aufgehoben. Menschenrechtsorganisationen und Fachjurist*innen fordern nun eine verfassungsgerichtliche Überprüfung. Der BGH-Beschluss steht nicht nur in Widerspruch zu deutschem Verfassungsrecht, sondern auch zu internationalen Menschenrechtsnormen. Kritiker*innen warnen vor einem gefährlichen Signal: Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung dürfe kein „Schönwetterrecht“ sein – es müsse gerade im Krieg uneingeschränkt gelten.



bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres herangezogen werden. Auch diese Altersgrenze soll fallen. Die Militärdienstpflicht war 2011 ausgesetzt worden, mit dem Argument, dass es für zukünftige Kriege vor allem gut ausgebildete Spezialist*innen und nicht so sehr Riesenheere bräuchte. Aber wie im Zweiten Weltkrieg setzt man wieder auf Soldatenmassen, die dann kämpfen sollen.

Schritte zur Wiedereinführung der Wehrpflicht

Noch ist die Wiedereinführung der Wehrpflicht nicht umsetzbar. Es fehlt an vielem: Kasernen, Übungsplätzen, Ausbilder*innen, Waffen, Uniformen. Aber mit dem von Verteidigungsminister Pistorius im Sommer letzten Jahres eingebrachten Vorschlag wird ein erster Schritt gemacht. Die Daten aller 17-jährigen sollen von den Einwohnermeldeämtern eingeholt werden. Alle sollen einen Fragebogen erhalten. Männer sind verpflichtet, ihn auszufüllen. Frauen können das freiwillig tun. Wer sich positiv zu einem Einsatz in der Bundeswehr äußert bzw. dessen Fähigkeiten gefragt sind, wird zu einem Vorgespräch eingeladen. Aus diesem Pool sollen dann zunächst 5.000 verpflichtet werden. Dies entspricht dem schwedischen Modell, das im Koalitionsvertrag angesprochen wird. In Schweden steht dahinter eine Wehrpflicht für Männer und Frauen, die dann greifen soll, wenn sich nach einem solchen Auswahlverfahren nicht genügend freiwillig melden. Und genau das wurde auch für Deutschland klar formuliert: Wenn es nicht genügend Freiwillige gibt, soll auch unter Zwang rekrutiert werden. Die Pläne zur Wiedereinführung der Wehrpflicht liegen also auf dem Tisch. Noch gibt es die rechtliche Möglichkeit den Einwohnermeldeämtern die Datenweitergabe zu untersagen. Das sollten alle nutzen, für die klar ist, dass sie nicht einverstanden sind. Soldat*innen und Reser-

vist*innen: Verweigert, wenn ihr Krieg ablehnt.

Am Ende eine allgemeine Dienstpflicht?

Am weitesten vorgeprescht waren die bayerischen Grünen mit ihrem Vorschlag eines verpflichtenden „Freiheitsdienstes“. Allein schon der Begriff vernebelt die Absicht, alle zu einem zumindest halbjährlichen Dienst zu zwingen, abzuleisten bei der Bundeswehr oder im sozialen oder ökologischen Bereich. Vorbilder sind der ehemalige Zivildienst, Ersatzdienste bei den Blaulichtorganisationen und das Freiwillige Soziale bzw. Ökologische Jahr. Dafür geworben wird mit Begriffen wie Gesellschaftsdienst, Demokratiewehrpflicht oder eben Freiheitsdienst. All das täuscht darüber hinweg, dass es eine Verpflichtung zu einem Zwangsdienst ist und eben kein freiwilliger Einsatz. Viele fragen sich: „Warum reicht es nicht, wenn ich die Schule absolviere, studiere, wenn ich eine Lehre mache, arbeite und Steuern bezahle?“ Ist es Freiheit, ist es Demokratieförderung, wenn jemand zu einer Arbeit gezwungen wird, die er oder sie gar nicht machen will? Was soll der persönliche Nutzen entrechteter Arbeit sein? Eine Zwangsverpflichtung bedeutet auch: keine tarifliche Bezahlung, kein Streik oder Kündigungsrecht! Und was passiert jenen, die das nicht mitmachen wollen? Was passiert, wenn sie die dann fälligen Geldbußen nicht bezahlen? Werden für sie schon Gefängniszellen bereitgehalten? Schon mal war in Deutschland Dienst für den Staat angesagt. Da wurden der Westwall und die Autobahnen gebaut, Moore entwässert... „Schön war die Zeit“, man war in der Natur, hat Lieder gesungen, Kameradschaft... Aber es ist doch zu hoffen, dass wenigstens daraus gelernt worden ist. Zumindest im Grundgesetz ist die Lehre daraus gezogen worden: Zwangsarbeit ist verboten.





Türkei

„Ich bleibe der Kriegsdienstverweigerung verpflichtet“

Inan Mayis Aru, Kriegsdienstverweigerer und Antimilitarist aus der Türkei, sprach auf einer Veranstaltung in Karlsruhe im Februar 2025 über seine Kriegsdienstverweigerung.

In der Türkei ist der Militärdienst nicht nur eine gesetzliche Verpflichtung – sondern ein soziales Ritual. Für Männer gilt er als grundlegende Bürgerpflicht. Das Militär ist nicht nur eine Verteidigungsmacht, sondern eine Institution, die die nationale Identität formt und die Vorstel-



lung verstärkt, dass der Dienst am Staat unumstößlich ist. Wer sich weigert, wird als Verräter abgestempelt und muss mit ernsthaften Konsequenzen rechnen. Als Teenager tauchte ich in anarchistische Kreise, östliche Philosophien und heterodoxe Sufi-Mystik ein. Diese Einflüsse vertieften meine Ablehnung von Hierarchie und Zwang. Der Militarismus stellt für mich das extreme Ende staatlicher Macht dar – ein System, das auf Gehorsam, Gewalt und der Unterdrückung des individuellen Willens beruht. Ich wusste, dass ich niemals Teil davon sein konnte. Aber zu der Zeit schien die Verweigerung des Militärdienstes nicht einmal eine Option zu sein. Die meisten Menschen, mich eingeschlossen, hielten das nie für möglich.

Das änderte sich für mich 1997, als ich von Osman Murat Ülke las, einer der ersten Kriegsdienstverweigerer der Türkei. Er verbrannte öffentlich seine Einberufungspapiere. Sein Mut war eine Offenbarung. Die Kriegsdienstverweigerungsbewegung in der Türkei ist antiautoritären und anarchistischen Prinzipien verpflichtet. Die meisten Verweiger*innen lehnen nicht nur den Militarismus ab, sondern auch umfassendere Strukturen der staatlichen Kontrolle. Viele von uns sehen diesen Kampf als Teil eines größeren Kampfes gegen Autoritarismus, in dem unser Widerstand mit Menschenrechtsbewegungen, Feminismus und Umwelt verbunden ist. Verweiger*innen sind in der Türkei mit dem so genannten „zivilen Tod“ konfrontiert. Ohne rechtliche Anerkennung müssen wir mit wiederholten Geldstrafen, ständigen Ausweiskontrollen und der ständigen Gefahr einer Verhaftung rechnen. Wir sind von einer legalen Beschäftigung, vom Wahlrecht und von grundlegenden Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung ausgeschlossen. Als ich 2008 meine Kriegsdienstverweigerung öffentlich erklärte, geschah zunächst nichts. Damals präsentierte sich die Regierung noch reformorientiert. Doch nach den Gezi-Protesten 2013 und dem Scheitern des kurdischen Friedensprozesses 2015 änderte sich alles. Auch die antimilitaristische Bewegung wurde zur Zielscheibe staatlicher Repressionen. Ich wurde bereits sieben Mal angeklagt und zu Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. Letzten Monat erfuhr ich von einem weiteren Gerichtsverfahren gegen mich. Es nimmt kein Ende. Für mich geht es bei der Verweigerung des Militärdienstes nicht nur darum, der Einberufung zu entgehen – es geht um den Widerstand gegen ein System, das absolute Loyalität verlangt. Trotz rechtlicher Bedrohungen, sozialer Entfremdung und wirtschaftlicher Nöte bleibe ich der Kriegsdienstverweigerung verpflichtet.

connection-ev.org/KDV_Tuerkei



Israel/Palästina

Ella Keidar in Haft

Während Israel weiterhin seine Militäroffensive im Gazastreifen führt, wächst auch der zivile Widerstand im eigenen Land – insbesondere unter jungen Menschen, die



den Kriegsdienst verweigern. Eine von ihnen ist die 18-jährige Aktivistin Ella

Keidar. Im März 2024 wurde sie wegen ihrer Verweigerung inhaftiert. In einem bewegenden Brief beschreibt sie ihre Entscheidung als eine „Reise nach Hause – eine Reise zu sich selbst, zur eigenen Menschlichkeit und dem Recht, eine andere Welt zu fordern“. Trotz massivem gesellschaftlichen Druck und drohender Gefängnisstrafen wächst in Israel die Zahl der Kriegsdienstverweiger*innen. Keidar reiht sich ein in eine lange Tradition israelischer „Refuser“ – junger Menschen, die sich juristischer Konsequenzen dem Militärdienst verweigern. Ihre Gründe sind vielfältig, doch in vielen Fällen verbindet sie der Widerstand gegen die Besatzungspolitik und die Weigerung, Teil eines Systems zu sein, das systematisch Menschenrechte verletzt. Unterstützer*innen können Briefe an Ella Keidar schreiben, ihre Geschichte weiterverbreiten und öffentlich Position beziehen.

www.facebook.com/mesarvot



Israel/Palästina

„Man befahl uns, das Haus anzuzünden“

Yuval Green hat gemeinsam mit 200 anderen Reservist*innen einen Brief gegen die Fortführung des Krieges unterzeichnet.

Wie viele Israelis ging auch ich zum Militär, weil ich dem Staat gegenüber loyal und bereit war, Opfer zu bringen. Nach einem

war – vielleicht liege ich ja falsch? Vielleicht führt der Weg zur Befreiung der Geiseln doch über eine militärische Aktion? Einige Wochen später, 50 Tage nach unserem Einzug in den Gazastreifen, erhielten wir von unserem Kompaniechef den Befehl, das Haus, in dem wir untergebracht waren, anzuzünden, nachdem wir es ver-

Bewegung an ihre Stelle treten. Dieser Krieg, der uns als eine Veränderung der Realität im Nahen Osten verkauft wird, zementiert in Wirklichkeit genau diese Realität. Ein weiteres Blutvergießen, mehr Tötungen, die zu mehr gewalttätiger Opposition führen, die wiederum zu mehr Tötungen führt.



Luftangriff der israelischen Luftwaffe auf den Gazastreifen. Foto: Jihad Badwan, Wikimedia

anstrengenden Kampfdienst diene ich weiter als Reservesoldat. Am 7. Oktober 2023 wurde ich zusammen mit meinen Kameraden aufgerufen, die Grenzen des Landes zu verteidigen. Noch am selben Abend traf ich in den Versorgungslagern meiner Reserveeinheit ein. In den folgenden Tagen begaben wir uns in die betroffenen Siedlungen rund um den Gazastreifen. Ich sah die verlassenen Wege der Dörfer im Gazastreifen, Leichen, die dort lagen, von Kugeln durchlöchernte Autos und zerstörte Häuser. Nach den ersten Tagen des Krieges begann für meine Einheit eine Zeit des Wartens und der Ausbildung. Während dieser Zeit begannen sich in mir Zweifel zu regen. Ich war der Meinung, dass sich Israel in erster Linie für die Geiseln einsetzen sollte, die aufgrund des Versagens der Sicherheitskräfte auf grausame Weise aus ihren Häusern geholt worden waren. Ich war der Meinung, dass es keine militärische Lösung für das Geiselnproblem gibt. Mir war klar, dass eine Militäraktion im Gazastreifen das Leben der Geiseln gefährden würde. Gleichzeitig ging ich davon aus, dass die Hamas bereit sein würde, einen Deal zu unterzeichnen – schließlich haben sie die Menschen entführt, um Gefangene in Israel zu befreien. Abgesehen von den Folgen des Krieges für uns Israelis verfolgte ich mit Schmerz, was in Gaza geschah. Schon in den ersten Tagen des Krieges gab es Tausende von Opfern, Tausende von zerstörten Häusern, Vertriebene, Leid und Schmerz. Trotz meiner Zweifel entschied ich mich, mit meinen Kameraden nach Gaza zu gehen. Als Zugsanitäter fühlte ich mich stark mit ihnen verbunden. Zudem war ich mir damals noch nicht sicher, was das Richtige

lassen hatten. Der Befehl versetzte mich in einen Schockzustand. Ich fragte den Kommandanten, warum wir das Haus anzünden sollen. Seine erste Antwort – die in meinen Augen beispielhaft für die Gleich-

„Ich teilte ihnen mit, dass ich nicht bereit sei, dem nachzukommen. Ich verließ Gaza und kehrte nie wieder zurück.“

Yuval Green, 21. März 2025 in Ha'aretz

gültigkeit gegenüber palästinensischem Leben ist – werde ich nie vergessen: „Wir verbrennen das Haus, weil wir keinen D9-Bulldozer zur Verfügung haben.“ Er fügte hinzu: „Wir brennen jedes Haus nieder, das wir verlassen.“ Meine Bitte, die Aktion zu überdenken, blieb unbeantwortet, und an diesem Abend wurden in Khan Yunis etwa vier Gebäude in Brand gesetzt. Ich teilte meinem Befehlshaber mit, dass ich nicht gewillt sei, an dieser Aktion mitzuwirken, und dass ich mich aus dem Kampf zurückziehen würde. Ich setzte eine klare moralische Grenze gegenüber unmoralischen Handlungen. Ich verließ Gaza und kehrte nie wieder zurück. Die Kommentatoren in den Studios führen Debatten über den „totalen Sieg“ oder den „Zusammenbruch der Hamas“. Ich kenne die militärische Lage der Hamas nicht, aber ich weiß eines – es spielt überhaupt keine Rolle. Die Gründe, die zum Aufstieg der Hamas in Gaza geführt haben, sind dieselben, die in den 1950er Jahren zum Aufstieg der Fedajin und in den 1960er Jahren zum Aufstieg der PLO geführt haben. Ohne eine politische Lösung werden sich die Palästinenser*innen, wenn sie unter unserer Kontrolle stehen, immer gegen uns erheben, Anschläge verüben und kämpfen. Selbst wenn die Hamas ausgerottet wird, wird eine andere

Der Krieg im Gazastreifen geht vor allem aufgrund einer verkommenen und korrupten politischen Kultur weiter, in der zynische und unwürdige Politiker in einen messianischen Kampf hineingezogen werden, der von religiösen Fanatiker*innen angeführt wird, für die die Besiedlung des Landes einen höheren Wert darstellt als das menschliche Leben.

Ich glaube, dass die israelische Kultur, die den Militärdienst blindlings über jeden anderen menschlichen Wert stellt, es den Extremist*innen ermöglicht, uns auf diesen Weg zu führen. Uns, die wir uns weigern, am Krieg teilzunehmen, wird oft vorgeworfen, der Armee zu schaden und damit die Sicherheit des Staates zu gefährden. Meiner Meinung nach liegt aber die Stärkung der Sicherheit des Staates in einer entschlossenen Opposition gegen den Krieg, der unsere Soldat*innen gefährdet, der unsere Wirtschaft schädigt, der viele Palästinenser*innen tötet und damit tiefe Samen des Hasses sät – und natürlich unsere Brüder und Geschwestern in Gefangenschaft im Stich lässt. In den letzten Monaten, seit der Veröffentlichung eines gemeinsamen Briefes in Haaretz (9.10.2024), haben wir zahlreiche Reaktionen erhalten, die zeigen, wie sehr unsere Bewegung die Führung beunruhigt. So wie wir bereit waren, unser Leben zu riskieren und zu kämpfen, glauben wir heute, dass wir uns hingeben müssen, um dem gesellschaftlichen Druck standzuhalten. Wir tun dies, weil wir denken, dass es an der Zeit ist, eine rote Linie gegen den Krieg zu ziehen.

www.refuser.org





Russland

Fehlende Hilfe für Verweiger*innen

Im Januar 2025 gab es zwei bemerkenswerte Urteile des Verwaltungsgerichtes Berlin. Russischen Militärdienstpflichtigen wurde Flüchtlingsschutz gewährt. Damit stellte sich das Verwaltungsgericht gegen eine zuvor getroffene Entscheidung des höherrangigen Oberlandesgerichtes Berlin-Brandenburg.

Das Verwaltungsgericht hatte in den Entscheidungen viele Informationen aufgegriffen, die russische Antikriegsgruppen zur Lage der Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen in Russland zusammengetragen haben. In Russland angewandte Rekrutierungsmethoden seien als besonderes rabiät, übergreifend und in weiten Teilen illegal anzusehen. Zudem sei das existierende Recht auf Kriegsdienstverweigerung kaum noch wahrzunehmen und Alternativdienstleistende könnten zu Dienstleistungen im Militär einberufen werden. „Auch riskieren Wehrpflichtige,

Schutz wird in Frage gestellt

Das Bundesamt für Migration legte in beiden Fällen Beschwerde ein. Nun hat das Oberlandesgericht Berlin-Brandenburg darüber zu befinden. „Es ist zu befürchten“, so Rudi Friedrich von Connection e.V., „dass das Oberlandesgericht weiter seiner eigenen Linie treu bleibt und die Schutzgewährung abweist.“ Im November 2024 hatte es in einem ähnlichen Fall argumentiert, es bestehe zwar eine beachtliche Wahrscheinlichkeit für die Rekrutierung, aber nicht für den Einsatz im Krieg. Das ist die nach wie vor gültige Rechtsprechung. Deserteur*innen aus Russland erhalten aufgrund einer Zusage des Bundesinnenministeriums in der Regel einen Flüchtlingsschutz. Denjenigen, die schon vor einer Rekrutierung aus dem Land geflohen sind und in Deutschland Asyl beantragen, wird dieser Schutz versagt.



Jerewan: Artem Klyga (rechts) im Gespräch mit einem Deserteur aus Russland

die sich zur Begründung ihres Antrags auf eine etwaige Anti-Kriegs-Einstellung berufen“, so das Gericht „dass sie in der Folge wegen ‚Diskreditierung der Armee‘ oder ähnlichen Tatbeständen strafrechtlich verfolgt werden.“ (AZ VG 33 K 519/24 A) Das Gericht erklärte zudem, dass es sich nach der Annexion der besetzten ukrainischen Gebiete Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischja durch Russland „aus russischer – und zugleich völkerrechtswidriger Sicht“ bei diesen Gebieten „um inländisches Gebiet handelt und Wehrdienstleistende dort grundsätzlich sofort nach der Einberufung eingesetzt werden können.“ Dies gelte auch für die Krim.

Neue Erkenntnisse

Artem Klyga, russischer Jurist und Osteuropaexperte von Connection e.V., war im März 2025 im Zuge einer Recherchereise des ZDF in Armenien und sprach dort mit russischen Deserteur*innen. Sie berichteten über Rekrutierung, Mobilisierung und den Umgang mit Verweiger*innen. So gehe das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oft noch davon aus, dass die im September 2022 ausgerufene Mobilisierung im Dezember 2022 beendet worden sei. Damals gab es sehr viele willkürliche Festnahmen und Rekrutierungen. Einer der Gesprächspartner berichtete nun, dass er noch ein Jahr später von der

Polizei zwangsweise zum Militärkommissariat gebracht und für den Krieg einberufen worden sei.

Drei der Interviewten bestätigten die Existenz von Sturmtruppen, die an die vorderste Front geschickt werden. Sie bestehen hauptsächlich aus Personen, die aus Gefängnissen heraus rekrutiert wurden. Eine Versetzung in solch eine Einheit kann auch auf Anordnung des Befehlshabers erfolgen, z.B. bei Unbotmäßigkeit, Beschwerden oder Befehlsverweigerung. Drei der Interviewten schilderten auch, dass es nach Konflikten mit Vorgesetzten zu Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Hinrichtungen gekommen sei. Einer bestätigte, dass er selbst Zeuge solch einer Hinrichtung geworden sei.

Armenien ist nicht sicher

Die Deserteur*innen fühlen sich in Armenien nicht sicher. Das Land versucht zwar, stärkere Unabhängigkeit von Russland zu erreichen. Artem Klyga erfuhr jedoch, dass mindestens zwei Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes in der Stadt Eriwan tätig sind. Auch die Nähe der im Norden Armeniens gelegenen russischen Militärbasis in Gyumri sowie die Aktivitäten der russischen Militärpolizei beunruhigt.

Informationen ernst nehmen

Die Praxis in Deutschland und anderen EU-Ländern ist von Abwehr gegenüber russischen Verweiger*innen geprägt. Ein erster Schritt wäre, die Informationen der Menschenrechtsorganisationen aus Russland wirklich ernst zu nehmen. Letztlich geht es aber darum, denen wirklich Schutz anzubieten, die sich unter großen Risiken dem völkerrechtswidrigen Krieg Russlands entziehen.

Wir brauchen Expert*innen

Und bitten dafür um Ihre Spende.

Artem Klyga ist Jurist mit Schwerpunkt Militärrecht in Russland und lebt seit zwei Jahren in Deutschland. Er unterstützt im Rahmen der #ObjectWarCampaign Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus, Ukraine und anderen Ländern. Allein im März 2025 konnte er sich bereits für etwa 20 Verweiger*innen einsetzen, die in Armenien, Finnland, Spanien, Frankreich oder Deutschland Schutz suchen. Um ihn auf zwei Jahre bei Connection e.V. beschäftigen zu können, bitten wir um Ihre Spende an die #ObjectWarCampaign.

Aus dem Netzwerk

Berichte und News

Deutschland/Israel

Unterstützung entzogen

(6. Januar 2025) Die Bundesregierung hat den israelischen Organisationen Zochrot und New Profile die Förderfähigkeit entzogen. Zochrot widmet sich der Aufarbeitung der Geschichte der Vertreibung von Palästinenser*innen und arbeitet an einem gerechten Umgang mit Geflüchteten. New Profile setzt sich für die Rechte von Kriegsdienstverweiger*innen ein und plädiert für eine Gesellschaft, die auf zivilem Engagement und gewaltfreien Lösungen basiert. Die deutsche Organisation Kurve Wustrow fordert zur Unterstützung der Organisationen auf.

www.kurvewustrow.org



Israel

Mehr als 100.000 verweigern den Dienst

(10. April 2025) Fast 1.000 Angehörige der israelischen Armee und Luftwaffe veröffentlichten in den wichtigsten israelischen Tageszeitungen einen Brief, mit dem der Krieg in Gaza scharf kritisiert wird: „Zurzeit dient der Krieg hauptsächlich politischen und persönlichen Interessen. Die Fortsetzung des Krieges trägt zu keinem der erklärten Ziele bei und wird zum Tod von Entführten, IDF-Soldaten und unschuldigen Zivilisten sowie zur Zermürbung von Reservisten führen.“ Insgesamt sollen sogar mehr als 100.000 den Dienst verweigern.



Adbusting-Aktion in Berlin

Südkorea

Staatsstreich verhindert

(18. Februar 2025) Jungmin Choi von World Without War berichtet aus Südkorea von den erfolgreichen Protesten gegen den Putschversuch des Präsidenten Yoon Suk Yeol: „Angesichts der Proteste zögerten die Ordnungskräfte, Befehle auszuführen. Sie gingen stattdessen in einen Laden um Instantnudeln zu essen. Als der Haftbefehl gegen den Präsidenten vollstreckt wurde, nahmen die Beamt*innen des Sicherheitsdienstes des Präsidenten Urlaub oder blieben in den Bereitschaftsräumen. Protestierende forderten die Soldat*innen auch auf, überzulaufen und rechtswidrige Befehle nicht zu befolgen.“



Greifswald

Kollektive Erklärung

(24. April 2025) Die Greifswalder Initiative Frieden Jetzt führt die Kollektive Verweigerungserklärung für Gewaltverzicht, einseitige Abrüstung und Entmilitarisierung auch 2025 weiter. Die Unterzeichner*innen schreiben: „Rechnet nicht mit uns. Wir werden nicht für eure Kriege herhalten.“ Weitere Infos: Connection-eV.org/article-4125



Netzwerk intern

Danke für die Spenden

(24. April 2025) Wir danken für die Unterstützung der #ObjectWarCampaign. Damit können wir die Arbeit mit und für Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine weiter voran treiben. Bislang konnten wir fast 430.000 € für diese Arbeit einwerben. Aufgewendet haben wir bislang über 390.000 €, vor allem zur Unterstützung der Initiativen, die in den am Krieg beteiligten Ländern aktiv sind.

Connection e.V.

Internationale Arbeit zu Kriegsdienstverweigerung und Asyl

Wir setzen uns für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Wir unterstützen verfolgte Kriegsdienstverweiger*innen in Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen, die sich in ihren Ländern gegen Krieg, Militär und Militärdienstpflicht engagieren.

Die prekäre Situation im Herkunftsland zwingt viele Kriegsdienstverweiger*innen zur Flucht. Die Verweigerung wird jedoch zumeist nicht als Asylgrund anerkannt. Wir bieten ihnen Beratung und Unterstützung an. Zudem fördern wir die Selbstorganisation von Geflüchteten.

Derzeitige Schwerpunktländer unserer Arbeit sind Russland, Belarus, Ukraine, Türkei, Israel, Eritrea, Kolumbien, Südkorea und Thailand.

Connection e.V. wurde mehrfach ausgezeichnet: 1996 mit dem Aachener Friedenspreis, 2001 mit dem Siegmund-Schultze-Förderpreis, 2009 mit dem Martin-Niemöller-Stiftung Förderpreis, 2024 mit dem Internationalen Bremer Friedenspreis und dem Helga-und-Werner-Sprenger-Friedenspreis

Spendenauf Ruf

#ObjectWar Campaign #StandWithObjectors

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Unterstützung von Deserteur*innen und Verweiger*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine. Dafür gibt es ein eigenes Spendenkonto bei Connection e.V.:

IBAN DE47 5055 0020 0006 0853 77
Sparkasse Offenbach, BIC HELADEF1OOF

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Für eine Spendenquittung bitten wir um Angabe Ihrer Adresse. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Weitere Infos

Hier veröffentlichte Artikel und weitere Informationen: www.Connection-eV.org. Mehr zur #ObjectWarCampaign: www.objectwarcampaign.org.

Impressum

Beilage in der Wochenzeitung *der Freitag*
24. April 2025

Fotos: Connection e.V., DFG-VK, amab Berlin, Bundeswehr wegtreten, Mesarvot, Wikimedia, Vicdani Ret İzleme.

Herausgegeben von Connection e.V.

Hermann-Steinhäuser-Str. 43
63065 Offenbach, Tel.: 069 8237 5534
office@Connection-eV.org
www.facebook.com/Connection.eV

www.Connection-eV.org

